

Staatsstreich in Zeitlupe Österreichs Entführung nach "Europa"

Andreas van de Kamp

Wien, 2014

Griechisches Rettungsdesaster

Der Startschuss für die europäische Krise fiel an einem Ort, der als Geburtsland der "Demokratie" gilt und eigentlich nahm die Misere ihren Anfang in der verantwortungslosen Budgetpolitik der griechischen Polit-Elite, die seit langem von zwei Familien dominiert wird. Es war deren Politik, die Hellas Anfang 2010 in die Zahlungsunfähigkeit führte. **Doch was sich rund um die Bewältigung der griechischen Staatsschuldenkrise abspielte, ist zu einer Schlammlawine von Unfähigkeit, Lügen und Vertragsbrüchen angewachsen, die einen zentralen Glaubensartikel der kontinentalen Demokratien verschüttet hat: dass die Berufspolitiker in den EU-Ländern nämlich noch irgendwie in Treu und Glauben handeln würden oder zumindest Angst davor hätten, sie könnten bei Wahlen "abgestraft werden".**

Kaum war der Hilfeschrei der sozialdemokratischen Wahlsieger in Athen erklungen, eilten die europäischen Finanzminister, die EZB und der Internationale Währungsfonds zu Hilfe. Doch es war eine Art von Hilfe, die den Schaden sowohl für die europäischen Völker als auch für die griechischen Staatsbürger maximierte.

Diese „Rettungsaktion“ hat Europa die Hälfte jenes Betrags gekostet, die die USA nach dem zweiten Weltkrieg in den wirtschaftlichen Wiederaufbau eines ganzen Erdteils gesteckt haben. Die EU-Länder haben mit diesem völlig disproportionalen Aufwand aber nichts gelöst - und nicht einmal irgendein Problem gelindert. Sie haben nur die Konsequenzen des faktisch bereits erfolgten Bankrotts auf die lange Bank geschoben. Weil man sich offenbar entschieden hat, dabei über viele Jahre - wahrscheinlich wenigstens eine Generation - verteilt vorzugehen, ist die Sache noch lange nicht zu Ende. Ähnlich wie bei den bis in die jüngste Vergangenheit reichenden Reparationen für den Ersten Weltkrieg, werden sich auch noch künftige Generationen an dieser groben politischen Fehlleistung beteiligen "dürfen".

Das Rettungsdesaster schmälert das Selbstbewusstsein derjenigen, die es zu verantworten haben, aber nicht im Geringsten. Im Gegenteil. **Die gleiche Gruppe, die so kläglich versagt hat - die "kollektive Führung" der EU - nimmt die Sache zum Anlass, um mehr Macht für sich selbst zu fordern.** Sie erklärt gewissermaßen: "Wenn wir nicht besser auf eure Politiker aufpassen, führen die den Staat in die Pleite. Wir, der Rat, die Kommission und die EZB, brauchen mehr Kompetenzen, um die national gewählten Politiker besser beaufsichtigen zu können."

Das - wohl minutiös geplante - Spiel setzte ein, nachdem bekannt geworden war, dass die 2009 abgewählte griechische Regierung das Doppelte des bis dahin zugegebenen Defizits gemacht hatte - was die Renditen für die griechischen Staatsanleihen derart in die Höhe trieb, dass Athen die Aufnahme von frischem Kredit „am Markt“ unmöglich wurde.

Gleich danach begannen die europäischen Politiker mit dem „Schnüren von Hilfspaketen“, die - wie sie damals behaupteten - ja wahrscheinlich gar nicht gebraucht würden. Man müsse aber vorsichtig sein, weil es ja nicht nur um die Zahlungsfähigkeit des griechischen Staats, „sondern um den Euro“ gehe.

Im Februar und März 2010 war zunächst von „bis zu 25 Milliarden“ die Rede¹ - „allerhöchstens“, „nur als Garantie“, „im Notfall“ und „unter drakonischen Auflagen“. Im April war man schon bei 45 Milliarden angelangt (30 Milliarden Euro aus bilateralen europäischen Krediten, 15 Milliarden vom Währungsfonds) - natürlich auch dies unter der „strikten Bedingung“, dass das griechische Defizit 2010 auf 8,7 Prozent reduziert werden müsse.²

Der griechische Finanzminister Giorgos Papaconstantinou konnte das klarerweise „verlässlich zusagen“. Daher beschlossen die EU-Politiker einen Monat später ihr erstes Hilfspaket im Umfang von 110 Milliarden Euro. Eineinhalb Jahre danach approbierten sie weitere 130 Kreditmilliarden, die von einem Haircut für private Gläubiger in Höhe von etwa 100 Mrd. Euro begleitet wurden.

Heute schreiben die Zeitungen über das dritte und vierte Hilfspaket.³ Das dritte Paket wird aller Wahrscheinlichkeit nach (noch) nicht in einem offenen Schuldenerlass bestehen, weil ein Teil der Verantwortlichen noch die gleiche Position wie früher bekleidet (und der Rest noch physisch greifbar ist).

Möglicherweise muss es dabei auch kein frisches Geld geben. Erst das vierte oder fünfte Hilfspaket wird zur offenen Annullierung von Schulden genutzt werden müssen, weil auf eine andere Weise die vereinbarte Reduktion der griechischen Staatsschulden bis 2020⁴ nicht zu erreichen ist.

Offen ist außerdem die Frage, ob die EZB im Verein mit den nationalen Gesetzgebern die Dinge so präpariert hat, dass eine nachhaltige „Rückkehr Griechenlands auf den freien Finanzmarkt“ möglich ist. 4,5 Prozent für zehn Jahre scheinen aus Sicht Athens tragbar zu sein – fraglich ist aber, ob der "freie Markt" das reale Finanzierungsbedürfnis Athens zu diesem Zinssatz bedienen kann. Wenn das nicht der Fall ist, wird das dritte Paket noch deutlich größer ausfallen müssen. Für die Medien scheint das schon heute eine „gegessene Sache“ zu sein.

Wie groß das nächste, dritte Paket ausfallen muss, hängt davon ab, ob die "Finanzierungslücke" tatsächlich nur 10 Mrd. Euro ausmacht, wie es 2013 quasioffiziell noch geheißsen hatte. Realistischere Schätzungen belaufen sich auf 30 bis 50 Milliarden.

Ein großer Teil der frischen Mittel/Fristerstreckungen muss jedenfalls dafür verwendet werden, um bestimmte vorrangige Gläubiger zu bedienen - jene, die sich nicht verträsten lassen, bzw. die **keinen direkten Zugriff auf die Steuerleistung der Bürger der EU-Länder haben.**

¹ APA 446, 15.3.2010

² Es belief sich schließlich auf 10,5 Prozent.

<http://www.ft.com/intl/cms/s/0/42b432dc-f8b5-11e0-ad8f-00144feab49a.html#axzz2ddk4bf7U>

³ <http://www.marketwatch.com/story/imf-official-sees-third-bailout-for-greece-2012-09-13>

⁴ Auf 120 Prozent des BIP

Der Umfang des dritten Pakets hängt also eher davon, wann welche Beträge an den IWF und die EZB gezahlt werden müssen - und weniger von der Konjunktur oder der Ausgabendisziplin in Griechenland. Fortgesetzt kann die griechische Farce trotzdem nur werden, solange es möglich ist, die seit drei Jahren bekannte Mischung aus Geheimpolitik, Desinformation und „Informationspannen“ aufrechtzuerhalten.

Bereits die ersten Hilfspakete wurden nach einem Muster abgewickelt, das in der Sprache der Militärs mit dem Begriff „Tarnen und Täuschen“ bezeichnet wird. Das zentrale Ziel bestand darin, zu verbergen, dass Hunderte Milliarden in ein „schwarzes Loch“ überwiesen wurden, ohne dass jemals eine realistische Chance existierte, das Verborgte jemals zurückzubekommen.

Die Täter sind rechtlich weitgehend⁵ "immune" Politiker, die zwar aus nationalen Wahlgängen hervorgegangen sind - die aber der Ansicht sind, ihrer Wählerschaft keine Rechenschaft mehr schuldig zu sein. Die Autorisierung ihres Handelns geben ihnen vorgeblich unabhängige, tatsächlich (vollkommen) unantastbare, jeder ordentlichen Gerichtsbarkeit entzogene Angestellte supranationaler Organisationen.

Der Ausdruck „schwarzes Loch“ soll bedeuten, dass der Staat Griechenland seit drei Jahren de facto zahlungsunfähig ist und nur durch die Infusionen der „solidarischen“ europäischen Regierungen noch irgendwie am Leben erhalten wird, das heißt: seinen finanziellen Verpflichtungen nachkommen kann; ganz wie an eine Herzlungenmaschine angeschlossene Hirntote noch Jahre am Leben bleiben können. Manche nennen diesen Vorgang verharmlosend "Konkursverschleppung".

Sobald die europäischen Überweisungen beendet werden - Ende 2014 -, wird sich weisen, ob und wie das Liquiditätsschauspiel fortgesetzt werden kann oder ob Athen nicht doch zum siebenten Mal in 200 Jahren Pleite anmelden muss. (Nach Berechnungen zweier amerikanischer Ökonomen befand sich Griechenland zwischen 1800 und 2008 105 Jahre - die Hälfte der Zeit - im Zustand des Bankrotts.⁶)

Im Juni 2013 herrschte Streit zwischen den Teilnehmern an der Rettungsdesaster-Allianz. Der IWF ließ einen vertraulichen Bericht durchsickern, in dem in gesetzten Worten zugegeben wurde, dass der IWF nach seinen eigenen Kriterien die Zahlungen nie hätte genehmigen dürfen; dass die offiziell angegebenen Wachstumsaussichten und die Zahlungsfähigkeit Griechenlands um ein Vielfaches überschätzt worden seien und dass eine frühzeitigere (und weitgehendere) Streichung von Schulden dem Land mehr geholfen hätte.⁷

Das musste allen, die Zeitungen lasen, schon lange klar sein. Die einzige Gruppe, die das partout anders sehen wollte, waren die europäischen Finanzminister, unter ihnen Deutschlands Wolfgang Schäuble und Österreichs Maria Fekter. Offiziell fand auch die Mehrzahl der österreichischen Zeitungskommentatoren Verständnis. Nur ganz vereinzelt regte sich Protest - wie hier: "Und am Ende der verpulverten 210 Milliarden steht das Land genau dort, wo es vorher war: am Abgrund, mit einem nicht zu schulternden Schuldenrucksack."⁸

⁵ Wahrscheinlich nicht vollständig

⁶ <http://blogs.reuters.com/reuters-investigates/2011/05/12/why-a-greek-default-wouldnt-be-news/>

⁷ <http://online.wsj.com/article/SB10001424127887324299104578527202781667088.html>

⁸

<http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/diebilanz/675760/Mit-Konkursverschleppung-ist-in-Griechenland-niemandem-geholfen>

Die genannte Summe kann heute noch als Schätzung erhalten, was "Griechenland" die Euroländer bisher gekostet hat.⁹ Um diese Summe könnte man 2.100 Kindergärten bauen.¹⁰ Um einen passenden historischen Vergleich zu finden, muss man schon bis in die Nachkriegszeit zurückgehen - eben auf das ERP-Programm, das nach dessen "Erfinder" auch Marshallplan genannt wurde.

Ein direkter Vergleich mit dem mit 13 Milliarden Dollar dotierten US-Programm macht keinen Sinn, weil der Dollar damals eine viel höhere Kaufkraft besaß. Aussagekräftiger ist es schon, die gewährte Unterstützung an der Leistungsfähigkeit des Hilfestellers zu messen.

Die Vereinigten Staaten haben für den Marshallplan zum Wiederaufbau Westeuropas zwischen 1948 und 1951 fünf Prozent ihrer Wirtschaftsleistung eines Jahres aufgewendet (BIP 1948: 258 Mrd. Dollar). Sowjetisch besetzte Staaten konnten - mit Ausnahme Österreichs - nicht um Unterstützung ansuchen. Begünstigt waren 17 Länder.

Der Umfang der Hilfestellung, die die europäischen Staaten „Griechenland“ zukommen ließen und lassen, ist wegen statistischer Unschärfen nicht ganz genau zu beziffern - 210 Milliarden ist aber eine eher zurückhaltende Einschätzung, die das diskutierte dritte Hilfspaket nicht berücksichtigt (das Risiko, dass für ein solches wirklich frisches Geld locker gemacht werden muss, ist wie gesagt nicht vom Tisch).

Die Summe von 210 Milliarden beinhaltet den Großteil der Kredite und Garantien aus einem bilateralen und zwei Hilfsprogrammen der Troika (nur EFSF), die Anleihenkäufe und Liquiditätshilfe durch die Europäische Zentralbank und jenen Anteil am (ersten) Schuldenschnitt, den staatliche Banken (Bad Banks)¹¹ tragen mussten.

Nicht enthalten sind die Belehnung griechischer Anleihen durch die EZB im Rahmen ihres normalen Geschäfts, der Anteil des Währungsfonds an den Hilfskrediten, der Schuldenerlass von 2012 durch „echte private Gläubiger“ und jene EU-Strukturmittel, die unabhängig von der Krise ohnedies nach Griechenland geflossen wären. 210 Milliarden entsprechen damit etwa dem Betrag, den ausschließlich europäische und ausschließlich staatliche Kreditgeber zur Stabilisierung der Situation bisher ausgegeben (garantiert) haben.

Verglichen wird diese Summe mit dem Bruttoinlandsprodukt des Euroraums. Dieses betrug 2010 9.162 Mrd. Euro. Eine einfache Schlussrechnung ergibt, dass 2,3 Prozent des Euroland-BIP für „Griechenland“ bzw. seine Gläubiger ausgegeben wurden.

	Aufwendungen Mio. \$/Euro	BIP „Helfer“ Mio. \$/Euro	Aufwendungen/BIP „Helfer“	Hilfe/BIP „Empfänger“	Begünstigte
Marshall	12.731	258.000	4,90%	2,10%	17 Staaten
GR-Hilfe	210.000	9.161.734	2,30%	94,50%	GR

Tabelle 5: Marshall- versus Juncker-Plan¹²

⁹ Der Kommentar von 2011 berücksichtigt einige seither angefallene Zahlungen nicht, antizipiert aber andere, die damals faktisch noch nicht erfolgt waren

¹⁰ Die Kosten liegen bei etwa 1 Million Euro. <http://salzburg.orf.at/news/stories/2583708/>

¹¹ <http://www.zeit.de/wirtschaft/2012-07/hre-griechenland-anleihen>

¹² Quellen: Eurostat, EU-Kommission, Wikipedia

Kommissionspräsident Barroso stellte bei einer Rede vor dem Europa-Parlament selbst einen Vergleich mit dem Marshall-Plan an und bezeichnete die EU-Aktion seit 2010 stolz als Musterbeispiel für europäische Hilfsbereitschaft. Den EU-Abgeordneten rief er zu: „Griechenland hat beinahe das Doppelte seines Volkseinkommens eines Jahres bekommen. Ein sichtbares Symbol der Solidarität im Herzen der Union!“¹³

Bezieht man die Rechnung auf die Wirtschaftsleistung von Hellas, wurde für diese „Rettung“ ein **45 Mal höherer Aufwand getrieben als für den Marshallplan in den 1950er-Jahren**. Die Hilfe der Amerikaner machte damals im Schnitt 2,1 Prozent des jährlichen Bruttoinlandsprodukts der europäischen Staaten aus, die europäische Initiative kommt auf 94,5 Prozent des griechischen Inlandsprodukts.

Klarerweise verschweigt Barroso den Hauptunterschied zwischen den Programmen. Dieser besteht darin, dass die Marshallplan-Gelder in produktive Investitionen geflossen sind: in die Wiederherstellung zerstörter Infrastruktur und in die Industrie. Bei der „Griechenlandhilfe“ geht es einzig darum, zu verhindern, dass ein Kartenhaus aus alten, faulen Schulden in sich zusammenbricht.

In seinem Bestreben, mit der "europäischen Solidarität" zu prahlen, schließt Barroso auch durchaus fragwürdige Posten in seine Rechnung ein - aber es lohnt sich nicht, darauf einzugehen. Es würde nur das „große Bild“ verwischen.

Der entscheidende Punkt dieses Vergleichs ist: Das Bailout Griechenlands ist das bis dato verschwenderischste und rücksichtsloseste Programm in der europäischen Wirtschaftsgeschichte und die gleichen Leute, die es zu verantworten und durchgezogen haben, verlangen ständig mehr wirtschaftspolitische Kompetenzen für sich selbst - ohne dass sie z.B. in der medialen Elite nennenswerten Widerspruch ernten würden. **Das ist so absurd wie es unerklärlich ist.**

Die stärksten Widerstände ruft noch die Sonderbehandlung hervor, die der griechischen Bevölkerung im Allgemeinen und selbstständigen Wirtschaftstreibenden im Speziellen zuteil wird. **Die "Griechenland-Retter" haben nämlich - sozusagen nebenher - die noch vorhandene produktive Wirtschaft endgültig stranguliert (bzw. noch tiefer in die "Illegalität getrieben").**

Nur zwei „positive“ Dinge haben sie erreicht. Erstens: Den ursprünglichen privaten Gläubigern wurde Zeit verschafft, sich in Sicherheit zu bringen - auf Kosten der Steuerzahler und Wähler, d.h. jenen Leuten, denen diese Politiker ihr Mandat zu verdanken haben. Die ursprünglichen privaten Gläubiger wurden direkt und indirekt durch die Helferstaaten ersetzt, die heute ihrerseits die (nachrangigen) Gläubiger sind. Die einzigen privaten Finanzinstitutionen, die bei der Sache ernsthaft zu Schaden gekommen sind, sind Hedgefonds, die zwischen 2010 und 2012 fälschlicherweise darauf gesetzt hatten, dass die EU es nie zu einem Haircut kommen lassen würde.

Zweitens haben die „Retter“ bis jetzt einen „Staatsbankrott, der sich wie ein solcher anfühlt“ vermeiden können. Beispielsweise den kompletten Ausfall von Gesundheitsversorgung und Müllabfuhr oder den Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung. Das zumindest ist ein Pluspunkt - wenn auch nur ein temporärer und einer, der mit wesentlich geringeren Mitteln auch anders

13

http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/president/news/speeches-statements/2012/04/20120418_speeches_2_en.htm

hätte erreicht werden können.

Davon abgesehen hat selbst der Mann von der Straße verstanden, dass die angeblichen Hilfgelder weder an den griechischen Staat noch an die Griechen selbst geflossen sind, sondern dass diese nur dazu dienen, die Rückzahlungsverpflichtungen zu erfüllen; und dass man einem "Nackten nicht in die Tasche greifen kann". Griechenland wird den Großteil seiner Verbindlichkeiten von aktuell 321,4 Mrd. Euro auf natürlichem Weg nicht zurückzahlen können.

Was das Land selbst betrifft, so ist seine Volkswirtschaft seit dem Beginn der Krise um 24 Prozent eingebrochen. Die Arbeitslosenrate hat sich auf 28 Prozent verdrei- und die Jugendarbeitslosigkeit auf 57 Prozent verfünffacht. Die Einkommen der Privathaushalte sind um fast die Hälfte zurückgegangen. Die Unterstützer der Nea Demokratia und der Sozialdemokraten haben sich gedrittelt und die Anhängerschaft der rechtsradikalen Goldenen Morgenröte hat sich verzwanzigfacht.

Die staatlichen Verbindlichkeiten sind 2013 aber wieder auf 175 Prozent des Bruttoinlandsprodukts angestiegen. Die Verschuldung ist damit noch immer um 50 Prozent höher als 2008 (damals 113 Prozent des BIP).

Barroso hat die Rettungsaktionen als Hilfsbereitschaft verkauft. Das ist kein Zufall. Der Begriff von der „Solidarität der Tat“ ist ein Codewort jener politischen Sekte, die Euroland und seine Mitgliedsstaaten in ihrer Gewalt hält.¹⁴ Mit Solidarität im landläufigen Sinn hat Barrosos Schlagwort jedenfalls nichts zu tun. Es ging und geht dabei weder um die Rettung des Euro noch um Hilfe für den Staat Griechenland und seine Bürger. Die Solidarität, zu der die Europäer von ihren Regierungen gezwungen worden sind, war eine mit einem dysfunktionalen Finanzsystem und jenen, die von diesem profitieren. Ob dies Solidarität wirklich im besten langfristigen Interesse der europäischen Solidargeber war, ist jedenfalls mehr als fraglich.

¹⁴ Zum Solidaritätsbegriff von Monnet siehe Kapitel "Der Opa von Europa"